

SERAPS WOCHE



INHALTSVERZEICHNIS

**FÜR EINE ECHTE
WIRTSCHAFTSWENDE**

SANKTIONIERUNG DES IRAN

**TATEN STATT WORTE – EINE
EFFEKTIVE TERRORABWEHR**

**NATIONALEN VETERANENTAG
EINFÜHREN**

**FORTSETZUNG DER BETEILIGUNG AN
DER OPERATION EUNAVFOR MED
IRINI**

CHINA REISE

TÜRKEI BESUCH

ÖFFENTLICHE DEBATTE

 **SERAP GÜLER**

 **SGUELER**

 **SERAPGUELER**

Liebe Parteifreunde, sehr geehrte Damen und Herren,

In dieser Sitzungswoche haben wir uns für eine echte Wirtschaftswende eingesetzt. Wir müssen konkrete Maßnahmen ergreifen, um die Zukunft unserer Unternehmen zu sichern. Dazu gehört insbesondere ein **Sofortprogramm**, das **ihre Wettbewerbsfähigkeit** stärkt.

Wir setzen uns auch weiterhin für die **Sanktionierung des Iran** ein, um gegen das destabilisierendes Verhalten vorzugehen und die Sicherheit in der Region zu gewährleisten. Damit verbunden ist auch die verstärkte Terrorabwehr hier in Deutschland. Wir haben dazu eine Initiative eingebracht.

Wichtig war mir auch die Einführung eines nationalen Veteranentags. Endlich mehr Wertschätzung für die, die sich in unseren Dienst stellen.

Im Weiteren finden Sie wie üblich einen Überblick über meine öffentlichen Statements und Auftritte und eine Zusammenfassung meiner Informationsreisen nach **China und in die Türkei.**

Ich verbleibe mit freundlichen Grüßen, freue mich auf Ihre Rückmeldung und danke Ihnen für Ihr Interesse an meiner Arbeit!

Unser Leitantrag: Wirtschaftspolitische Orientierungslosigkeit der Bundesregierung beenden – Für eine echte Wirtschaftswende

Während die Weltwirtschaft und andere Industrieländer wachsen, trüben sich die wirtschaftlichen Aussichten für Deutschland weiter ein. Vor diesem Hintergrund streiten Bundesfinanzminister Lindner und Bundeswirtschaftsminister Habeck über ein sog. „Dynamisierungspaket“. Außerdem kommen von Bundesfinanzminister Lindner und vom FDP-Präsidium – passend zum FDP-Parteitag – eine ganze Reihe von Ankündigungen und Forderungen. Diese reichen von einer Erhöhung des Grundfreibetrags sowie des Kindergeldes über einen automatischen Abbau der sog. kalten Progression bis hin zu erheblichen steuerlichen Entlastungen der Wirtschaft, einem stufenweisen Abbau des Solidaritätszuschlages, Bürokratienteilnahmen und Steuererleichterungen für Überstunden. **Die Union fordert bereits seit geraumer Zeit Maßnahmen zugunsten einer echten „Wirtschaftswende“ ein und hat hierzu auch umfangreiche Vorschläge gemacht. Zu nennen ist hier insbesondere der 12-Punkte-Reformplan für eine starke Wirtschaft. Mit unserem Leitantrag nehmen wir die FDP beim Wort und verleihen unseren Forderungen Nachdruck:** Der Wirtschafts- und Industriestandort Deutschland muss endlich wieder auf Wachstumskurs gebracht werden. Dazu braucht es kein Showfeuerwerk von Ankündigungen, sondern zeitnah echte Entlastungen für die Wirtschaft sowie für die Bürgerinnen und Bürger.

Unsere Anträge zur Sanktionierung des Irans und zur Unterstützung der Revolutionsbewegung

Der Iran hat erst erstmals direkt von seinem Staatsgebiet aus Israel mit Drohnen und Raketen angegriffen. Dieser Angriff ist der vorläufige Höhepunkt einer stetig zunehmenden und von Iran ausgehenden Eskalation. Gemeinsam mit seinen bewaffneten Unterstützern im Libanon, Jemen, Syrien und den Palästinensischen Gebieten schürt der Iran Konflikte und Hass im gesamten Nahen und Mittleren Osten.

Zu lange wurde im Umgang mit dem Iran Nachsicht geübt, auch in der Hoffnung, vielleicht doch noch ein Atomabkommen zu erreichen. Spätestens jetzt muss die Bundesregierung ihre Iran-Politik korrigieren und mit einem umfassenden Sanktionspaket entschieden handeln.

Wir stehen an der Seite Israels. Die Verteidigung des Existenzrecht Israels darf dabei keine Phrase sein, sondern muss sich in einer konsequenten und wirksamen Iran-Politik der Bundesregierung widerspiegeln. **Nur so kann der Iran eingeeicht und weiterer von ihm ausgehender Terror verhindert werden. Wir fordern die Listung der Revolutionsgarden auf europäischer sowie die Schließung des „Islamischen Zentrums“ in Hamburg auf nationaler Ebene.**



Taten statt Worte – Für eine effektive Terrorabwehr

Die weltweite Sicherheitslage ist angespannt, Deutschland ist von diesen Sicherheitsherausforderungen direkt betroffen. Mit unserem Antrag fordern wir die Bundesregierung auf, umgehend einen Gesetzentwurf vorzulegen, der die Speicherung von IP-Adressen vorgibt und es unseren Sicherheitsbehörden ermöglicht, diese und weitere relevante Daten zur Terrorabwehr zu nutzen. Zudem wollen wir eine verfahrensübergreifende Recherche- und Analyseplattform einführen, um schon bei der Polizei vorhandene Daten effektiver zu nutzen und die Effizienz beim Datenabgleich zu steigern. Des Weiteren streben wir an, die Befugnisse zur Gesichtserkennung auszubauen. Wir wollen neue gesetzliche Grundlagen schaffen, um die Bekämpfung von Terrorismusfinanzierung und Extremismus zu verstärken. **Die derzeitige Weigerung der Bundesregierung, notwendige Rechtsgrundlagen insbesondere im digitalen Bereich zu schaffen, ist unverständlich. Sie schwächt die Terrorabwehr und gefährdet die Sicherheit Deutschlands.**

Einen nationalen Veteranentag einführen

Mit unserem Antrag Für eine umfassende Wertschätzung – Einen nationalen Veteranentag einführen und die Versorgung der Veteranen und deren Familien verbessern – den wir gemeinsam mit den Koalitionsfraktionen einbringen und in dieser Woche erstmalig beraten – **setzen wir uns für einen nationalen Veteranentag am 15. Juni eines jeden Jahres ein.** Damit wollen den Einsatz und die Opfer aller Bundeswehrsoldaten angemessen würdigen. **Wir rücken so Respekt und Anerkennung für die Leistungen der Soldatinnen und Soldaten in den Vordergrund. Gleichzeitig ist es unser Anliegen, die Fürsorge bei im Dienst – insbesondere im Auslandseinsatz – erlittenen Schädigungen zu verbessern. Mit unserem Antrag streben wir eine sichtbare und öffentliche Durchführung dieses Gedenktages an, der Bildungs- und Informationsangebote umfasst und die Beteiligung der Länder und Kommunen vorsieht.** Mit einem früheren, eigenen Antrag haben wir als Unionsfraktion den Auslöser für diesen fraktionsübergreifenden Antrag gesetzt. Unsere Initiative unterstreicht die breite Anerkennung der Verdienste aktiver und ehemaliger Bundeswehrangehöriger durch unsere Unionsfraktion und macht das kontinuierliche Engagement der Union für die Belange der Bundeswehr und der Soldatinnen und Soldaten sichtbar.

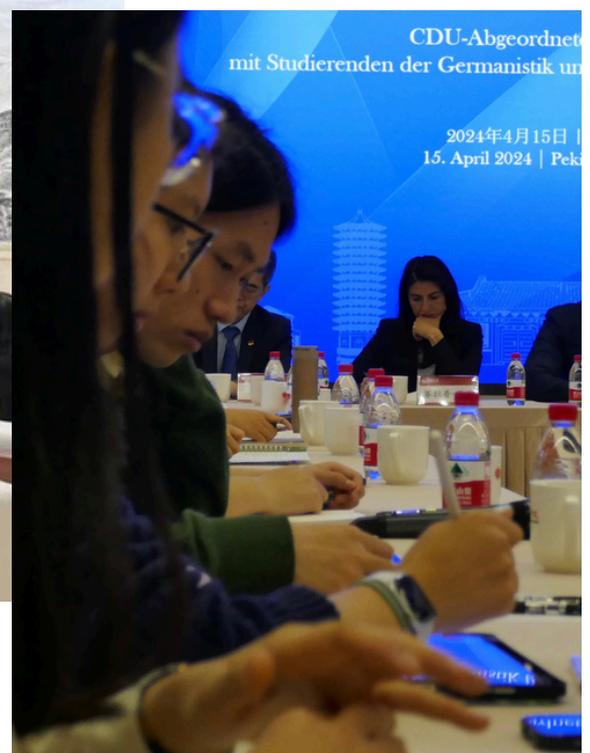
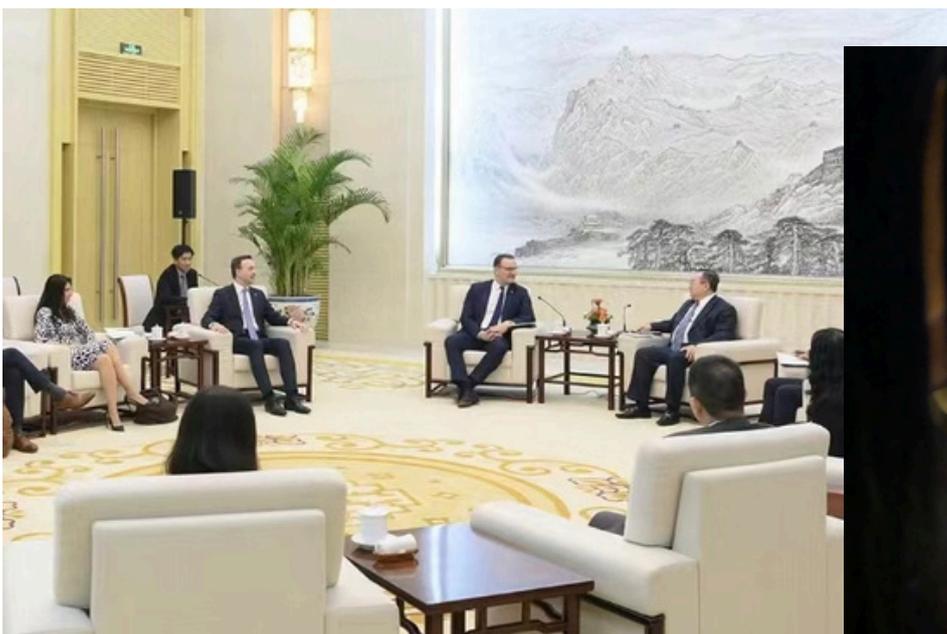
Fortsetzung der Beteiligung an der Operation EUNAVFOR MED IRINI

In abschließender Lesung haben wir in dieser Woche den Antrag der Bundesregierung für ein Mandat zur Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der durch die Europäische Union geführten Operation EUNAVFOR MED IRINI beraten. **Die Operation ist Teil des breiten politischen Ansatzes der EU zur Stabilisierung Libyens. Sie trägt im zentralen Mittelmeer zur Überwachung und Umsetzung des Waffenembargos der VN gegenüber Libyen bei. Daneben hat sie zum Ziel, Schleuser- und Menschenhändlernetzwerke zu bekämpfen und aufzulösen. Außerdem wird die libysche Küstenwache und Marine im Kapazitätsaufbau und bei der Ausbildung unterstützt. Die Mandatsobergrenze bleibt unverändert und sieht den Einsatz von bis zu 300 Soldatinnen und Soldaten vor. Die Laufzeit des Mandats beträgt ebenfalls erneut ein Jahr bis zum 30. April 2025.**

Informationsreise nach China

Gemeinsam mit meinen Kollegen aus der Bundestagsfraktion war ich in der letzten Woche in der Volksrepublik China. Die Reise war ganz im Sinne des „**Miteinander reden, statt übereinander**“. So **unterschiedlich wir als Länder** mit zwei verschiedenen Systemen sind, so **wichtig ist es - auch kritisch - über politische, wirtschaftliche oder strategische Themen zu sprechen**. In Köln und Leverkusen gibt es viele Unternehmen, die wirtschaftliche Beziehungen zu China haben. Ein fairer und offener Wettbewerb ist für sie vor Ort und umgekehrt für chinesische Unternehmen bei uns wichtig. Wir sind nicht der Meinung, dass dies immer der Fall ist. Deshalb war es uns wichtig, in all unseren Gesprächen deutlich zu machen, dass nur Reziprozität die Lösung sein kann. Das ist unser Verständnis von einer selbstbewussten Außen- und Handelspolitik.

Den Anfang machten wir an der Peking Universität, wo wir ins Gespräch mit Germanistikstudenten kamen. Neben Gesprächen mit deutschen Unternehmern in China, stand auch der Austausch mit staatlichen Vertretern und Mitgliedern der Partei auf dem Programm. Bei all unseren Gesprächen war es uns wichtig, **auf den Krieg in der Ukraine sowie im Nahen Osten einzugehen und unseren Gesprächspartnern deutlich zu machen, dass es auch im Interesse Chinas sein muss, den für sie wichtigsten Absatzmarkt Europa nicht zu schwächen**. Dies erfordert vor allem, dass China seinen Einfluss auf Russland oder den Iran nutzt, um die Akteure zu einem Umdenken zu bewegen. Viele Eindrücke in wenigen Tagen, die uns deutlich machten: **Wir müssen insgesamt als Europäische Union viel geschlossener und entschiedener gegenüber China auftreten**. Eine partnerschaftliche Zusammenarbeit, die nicht einseitige Abhängigkeiten schafft, schaffen wir nur gemeinsam mit unseren europäischen Partnern.



Gemeinsamer Besuch in der Türkei mit dem Bundespräsidenten

Die Reise des Bundespräsidenten in die Türkei war ein wichtiges Zeichen und definitiv mehr als Döner. Es fing mit einem Besuch des Bahnhofs Sirkeci in Istanbul und einem Austausch mit dem Oberbürgermeister @ekremimamoglu an. Dieser Bahnhof spielt für die deutsch-türkischen Beziehungen eine besondere Rolle: die damaligen Gastarbeiter brachen ihre Reise von dort aus nach Deutschland an. Auch mein Vater ist hier seine Reise nach Almanya angetreten. Deshalb war es dem Bundespräsidenten wichtig, seine Reise genau hier zu beginnen.



Im Schlepptau waren neben mir viele Kinder ehemaliger Gastarbeiter dabei, die heute erfolgreiche Künstler, Autoren, Journalisten oder Manager oder eben Dönerladenbesitzer sind. Genau diese Mischung war es, die diese Delegation so ausmachte. Bedauerlicherweise wurde die Reise auf einige Bilder verkürzt.

Auch die Weiterreise in das Erdbebengebiet und der Austausch mit den Opfern des Erdbebens sowie syrischen Flüchtlingen waren wichtig.

Gemeinsamer Besuch in der Türkei mit dem Bundespräsidenten



Und: Es gibt ein wichtiges starkes Band zwischen den beiden Ländern: die über drei Millionen Türkeistämmigen, die sich ihrer alten Heimat oder der Heimat ihrer Eltern oder Großeltern gleichermaßen verbunden fühlen, wie ihrer neuen Heimat Deutschland. Regierungen kommen und gehen, was bleiben sollte ist die Freundschaft, die über eine 100jährige diplomatische Zusammenarbeit gewachsen ist.

Danke dem Bundespräsidenten Frank Walter Steinmeier für die Ehre und Gelegenheit, dass ich bei diesem wichtigen Staatsbesuch dabei sein durfte.

Am letzten Tag stand neben dem Besuch im Atatürk Mausoleum der Austausch mit Staatspräsident Erdogan auf dem Programm.

Ich bin froh darüber, dass nach langer Zeit ein Austausch zwischen den beiden Staatsoberhäuptern stattfand. Uns allen ist klar, dass Erdogan ein schwieriger aber zugleich wichtiger Partner ist.

Wir haben vieles, wo wir anderer Meinung sind, die Bewertung der Hamas gehört zweifelsfrei dazu. Wir haben aber gleiche Interessen auch für die Region, wie eben die Zweistaatenlösung. Es gibt aber auch Gemeinsamkeiten wie die Bewertung des Ukrainekrieges. Die Türkei spielt hier eine wichtige Rolle, die nicht klein geredet werden darf.



Gastbeitrag in der FAZ zur Türkei- Politik



Ich war vor wenigen Wochen bereits in der Türkei, allerdings auf einem bedeutenden Wirtschaftsgipfel. Ich habe über die Beziehung - die momentan eher leidet denn blüht - geschrieben. Mit meinem jetzigen Besuch in der Türkei möchte ich noch einmal auf diesen Beitrag hinweisen und unterstreichen: **wir brauchen eine neue Türkei-Strategie. Ich freue mich auf Ihr Feedback.**

[Hier gehts zum Gastbeitrag](#) ✨

Politikerin Serap Güler (CDU)

Steinmeiers Türkeireise auch ein Zeichen an die Deutsch-Türken

Der Türkei-besuch von Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier sei auch ein wichtiges Zeichen an die Generation der Gastarbeiter in Deutschland, die auf eine Anerkennung ihrer Lebensleistung wartete, so die Bundestagsabgeordnete Serap Güler (CDU).

Barenberg, Jasper | 22. April 2024, 05:50 Uhr

Hören 08:57

Audio herunterladen



Dem Deutschlandfunk habe ich zum Türkei Besuch vorweg ein Interview gegeben. Hören Sie gerne einmal rein!

[Hier gehts zum Interview](#) ✨

Sollen Schüler Kasernen besuchen?

Warum Schüler sich mit Sicherheitspolitik beschäftigen sollten - darüber habe ich im Magazin .loyal gestritten.

[Hier gehts zum Streitgespräch](#) ✨



Impressum:

Herausgeber:
Serap Güler MdB
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

V.I.S.D.P.:
Nora Zabel
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Kontakt:



Serap.gueler.wk@bundestag.de